

Annoncen-  
Annahme-Bureau:  
in Posen  
außer in der Expedition  
bei Herrn Ch. Spindler,  
Markt- u. Friedrichstr.-Ecke 4.  
in Grätz bei Herrn F. Streifand;  
in Frankfurt a. M.:  
G. J. Dautz & Co.

# Posener Zeitung.

Vierundsechzigster

Jahrgang.

Annoncen-  
Annahme-Bureau:  
in Berlin, Hamburg,  
Wien, München, St. Gallen:  
Adolph Hoffe;  
in Berlin, Breslau,  
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg  
Wien u. Posen:  
Hansen & Vogler;  
in Berlin:  
A. Klemmeyer, Schloßplatz;  
in Breslau: Emil Ansbach.

Nr. 541.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der  
Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt viertel-  
jährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz  
Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. — Bestellungen zu  
nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Sonntag, 18. November

Inserate 14 Sgr. die sechshebende Zeile oder  
deren Raum, wenn man verhältnismäßig höher,  
findet an die Expedition zu richten und werden für  
die an demselben Tage erscheinende Nummer nur  
bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1871.

## Amtliches.

Verordnung wegen Einberufung der beiden Häuser des  
Landtages der Monarchie.

Vom 16. November 1871.

Wir **Wilhelm**, von Gottes Gnaden König von Preußen u.,  
verordnen, in Gemäßheit des Artikels 51 der Verfassungsurkunde vom  
31. Januar 1850, auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums,  
was folgt:

Die beiden Häuser des Landtages der Monarchie, das Herrenhaus  
und das Haus der Abgeordneten, werden auf den 27. d. M. in unsere  
Haupt- und Residenzstadt Berlin zusammenberufen.

Das Staatsministerium wird mit der Ausführung dieser Verord-  
nung beauftragt.

Urkundlich unter Unserer Höchstehenden Unterschrift und bei-  
gedrucktem königlichen Insigne.

Gegeben Berlin, den 16. November 1871.

(L. S.)

Wilhelm.

Fürst v. Bismarck. Gr. v. Roon. Gr. v. Knapik.  
v. Mühler. v. Seelow. Gr. zu Eulenburg. Leonhardt.  
Camphausen.

**Berlin, 17. Novbr.** Se. M. der König hat dem General-Major  
z. D. Knothe, zu Grottkau, den R. Adler-Orden 2. Kl. mit Eichen-  
laub; dem Obersten z. D. v. Mayer zu Breslau und dem Oberst-  
Leutnant z. D. und Rittergutsbesitzer v. Prittwitz auf Schmoltz-  
schütz, Kr. Dels, den R. Adler-Orden 3. Kl. mit der Schleife; dem  
Major und Kammerherrn v. Prittwitz auf Moisdorf, Kr. Jauer,  
dem Major a. D. und Hofdirektor v. Jarosky zu Glog, dem Haupt-  
mann v. Hobe, Plasmajor ebendajelst, dem Hauptmann z. D. Gra-  
fen v. Stosch auf Mante, Kr. Nimptsch, und dem Rittmeister a. D.  
v. Schack auf Weidenbach, Kr. Dels, den R. Adler-Orden 4. Kl.;  
dem General-Major v. Pindern, Kommandant von Breslau, dem  
General-Major z. D. v. Gadowitz, stellvertretender Kommandeur  
der 21. Infanterie-Brigade, und dem General-Major z. D. von  
Kourz, stellvertretender Kommandeur der 22. Infanterie-Brig.  
den R. Kronen-Orden 2. Kl.; dem Oberst-Leutnant z. D. v. Kels-  
ler zu Brieg, Reg.-Bezirk Breslau, den R. Kronen-Orden 3. Kl.  
sowie dem Major z. D. Martini, Bezirks-Kommandeur des 2. Ba-  
taillons (Apenrade) Schleswighen Landwehr-Regiments Nr. 84 den  
R. Kronen-Orden 4. Kl. verliehen, sowie den Kreisgerichts-Direk-  
tor Tourbié zu Rosenburg in Westpreußen als Direktor an das Kreis-  
gericht zu Angermünde versetzt.

Dem bisherigen königl. Eisenbahn-Baumeister Stelker in Trier  
ist unter gleichzeitiger Ernennung zum königl. Eisenbahn-Bau-In-  
spektor eines Betriebs-Insp.stelle bei der Nassauischen Eisenbahn  
mit dem Wohnsitz zu Wiesbaden verliehen worden. Der königl.  
Kreisbaumeister Stadenhagen zu Leobschütz ist in gleicher Eigen-  
schaft nach Königsberg i. N. M. versetzt worden.

## Telegraphische Nachrichten.

**Leipzig, 17. Nov.** Zum ersten Direktor der neugegründeten Leip-  
ziger Vereinsbank wurde Bernisch, bisheriger Direktor des Leipziger  
Rassenvereins, ernannt.

**Mainz, 17. Nov.** Die hiesigen Blätter veröffentlichen den Wort-  
laut der unterm 14. d. geschlossenen Verträge zwischen der Ludwig-  
süd- und der Taunusbahn. Die Hauptpunkte des Uebereinkommens sind fol-  
gende: Die Fusion beider Gesellschaften tritt in der Weise ein, daß  
die Aktionäre der Taunusbahn für den seitherigen Nominalbetrag ihrer  
Aktien in die Ludwigsbahn-Gesellschaft eintreten. Die Taunusbahn-Ge-  
sellschaft hört als solche schon vorher auf; die Ludwigsbahn-Gesellschaft  
verpflichtet sich, die Aktien der Taunusbahn gegen ihre eigenen Aktien  
von gleichem Nominalbetrage auszutauschen oder mit 400 Fl. baar per  
Aktie zu erwerben. Die Ludwigsbahn projektiert, wie bestätigend ge-  
meldet wird, nach erfolgter Fusion der Bahnen eine Rheinbrücke un-  
terhalb Mainz, ferner eine Bahn von Frankfurt-Wolfsheim (Worms),  
endlich eine Bahn von Frankfurt (Hattersheim) und Wiesbaden nach  
den westphälischen Kohlenrevieren.

**München, 17. Novbr.** Dr. Hirschwälder, welcher wegen Theil-  
nahme an dem Athlatholikenkongreß vom Erzbischof von München-  
Freising bereits vom Amte suspendiert wurde, ist vom Fürstbischof von  
Breslau, dessen Jurisdiktion er unterstellt ist, wegen Abhaltung der  
Gottesdienste in der hiesigen Gassekirche exkommuniziert worden.

**Wien, 17. Nov.** Die großbritannische Regierung hat, wie dem  
„Baderer“ gemeldet wird, die Anzeige hierher gelangen lassen, daß sie  
die beabsichtigte Ernennung des Grafen Beust zum österreichisch-unga-  
rischen Botschafter in London mit Befriedigung zur Kenntnis nehme.

**Wien, 17. Nov.** Die heutige „Neue fr. Pr.“ meldet: „Freiherr  
von Kellersperg verließ Wien, nachdem die Unterhandlungen mit ihm  
in der letzten Stunde an seiner Weigerung gescheitert, einen Separat-  
ausgleich mit den Polen abzuschließen.“ — Das provisorische Mini-  
sterium versteht die Geschäfte wahrscheinlich bis nach dem Zusammen-  
tritt des Reichsrathes. — Dasselbe Blatt bringt noch folgende Details:  
Kellersperg weigerte sich, die galizische Resolution oder Höhenworts  
galizische Vorlage im Reichsrathe einzubringen. Auch bildete die von  
ihm verlangte Auflösung des mährischen Landtages seinen Stein des An-  
stoßes. Darauf zerschlugen sich die Unterhandlungen. Ein Mini-  
sterium Goluchowski ist wahrscheinlich geworden. — Die heutige  
„Presse“ schreibt: Kellersperg ist nach Graz zurückgekehrt. Die Unter-  
handlungen dort sind total gescheitert. — Für Böhmen sind direkte  
Reichsrathswahlen ausgeschrieben. — Die Langrandangelegenheit nimmt  
guten Verlauf; man hofft baldigen Abschluß. — Die „Presse“ betrachtet  
das ungarische Eisenbahngeschäft als perfekt. — Die Wechslerbank gründet  
eine Baugesellschaft. — Der Reichsrath soll am Tage nach Weibnach-  
ten zusammentreten. (Privatdep. d. Pos. Ztg.)

**Best, 16. Nov.** Der „Naplo bringt einen inspirierten Artikel über  
Andrassy's auswärtige Politik, nach welchem Andrassy eine neue Bahn  
im Orient einschlagen, der Monarchie ihren berechtigten Einfluß ver-

schaffen und das Vertrauen der Donaufürstenthümer erringen will. —  
Der Bankdirektor Kohn reiste nach Berlin, um die Erweiterung des  
ungarischen Silberanlehens von 30 auf 70 Millionen durchzuführen  
und die Emission desselben vorzubereiten. Das in Berlin und Frank-  
furt zur Subskription kommende Anlehen ist nicht das neue Silber-  
anlehen, sondern die alte Eisenbahnanleihe.

(Privatdep. d. Pos. Ztg.)

**Paris, 17. Nov.** „Messager de Paris“ will bezüglich des morgen  
erscheinenden Bankausweises wissen, daß derselbe befriedigender Natur  
sei. Der Baarvorrath soll gegen den Ausweis der vorigen Woche  
wenig verändert sein, das Portefeuille und die laufende Rechnung der  
Privaten sich vermindert haben. Das Guthaben des Staates wäre  
um 5 Millionen gestiegen. Derselben Quelle zufolge soll die Bank im  
Laufe der letzten Woche 5 Millionen Fres. Rente verkauft haben. —  
Durch Dekret der Regierung werden die Beschlüsse des Arrondissements-  
rathes von Nimes für ungültig erklärt. — Das „Journal officiel“ be-  
zeichnet die Mittheilung, die Behörde hätte die Abhaltung von Messen  
anlässlich des Eugenientages unterjagt, für grundlos; der Klerus habe  
in voller Freiheit gehandelt, indem er von der Ansicht ausging, eine  
religiöse Zeremonie dürfe nicht den Vorwand für politische Kundge-  
bungen abgeben.

**Paris, 16. Nov.** Thiers hat nicht die Absicht, der Nationalver-  
sammlung eine Amnestie vorzuschlagen. — Banneville kehrt provisorisch  
nach Wien zurück. — Thiers unterhandelt mit Drouin de Lhuys  
wegen Uebernahme des Wiener Gesandtschaftspostens.

(Privatdep. d. Pos. Ztg.)

**Bern, 17. Nov.** Der Ständerath ist bis zum 30. d. vertagt  
worden.

**Rom, 15. November.** Der Papst verbot seinen Hausprälaten das  
Verlassen des Vatikans bei der Ankunft des „Königs von Sardinien“  
und der Eröffnung des Parlaments. — Die Jesuiten veröffentlichten  
eine französische Widerlegung des Favre'schen Werkes mit sehr inter-  
essanten Belegen. (Privatdep. d. Pos. Ztg.)

**Bukarest, 16. November.** Generalkonsul v. Radowicz ist nach  
Konstantinopel abgereist, um daselbst als Geschäftsträger zu fungiren.

**Konstantinopel, 16. November.** Ein Ferman des Sultans er-  
klärt Tunis zur tributpflichtigen Provinz der Türkei. — Das deutsche  
Spital wird neu aufgebaut. — Der Pole Ossadowski wurde amnestirt.  
— Der Ausgleich mit den Bulgaren ist nach vielen Vermählungen per-  
fekt geworden. — Die Regierung beabsichtigt die Anlegung eines großen  
Staatschuldenbuches und die Regelung der Steuersysteme. (Privatdep. d. Pos. Ztg.)

## Brief- und Zeitungsberichte.

□ **Berlin, 17. November.** [Zur landwirtschaftlichen  
Steuerfrage. Reichs-Post-Freimarken. Präsident  
Simson.] Der freien wirtschaftlichen Kommission des Reichstages,  
welche über die landwirtschaftliche Steuerfrage in Berathung getreten  
ist, wurde hierbei ein ausführliches Referat des seitherigen Vorsitzenden  
der Kommission, Prof. Dr. Birnbaum, über diese Frage vorgelegt.  
Dr. Birnbaum hatte jedoch die Kommission von vornherein ersucht,  
über seine Abhandlung aus der Mitte der Versammlung einige Herren  
zu wählen, welche sein Referat genau prüfen und dann gewissermaßen  
als Korreferenten der Kommission Bericht erstatten sollten. Die Kom-  
mission akzeptirte diesen Vorschlag und ernannte zu diesen Referenten  
die Abg. Braun (Hersfeld), Dr. Hammacher (Essen) und v. Schanz  
(München). Diese drei Herren haben nun in der Sitzung der Kommission,  
welche vorgestern Abend stattfand, über die Arbeit des Dr. Birnbaum  
Bericht erstattet und sich mit derselben vollkommen einverstanden er-  
klärt. Die Versammlung beschloß in Folge dessen die vier genannten  
Herren zu beauftragen, zu dem Birnbaumschen Referat noch ein Vor-  
wort zu schreiben und dann dieses Vorwort mit der Birnbaumschen  
Arbeit, als das Urtheil der Kommission durch den Druck zu publiziren.  
Am Sonnabend wird die Kommission wieder eine Sitzung haben, in  
der dann der vollständige Bericht festgestellt wird. Außerdem wird  
am Sonnabend die Kommission sich mit der Unterrichtsfrage beschäf-  
tigen und hierbei die in letzter Zeit in landwirtschaftlichen Kreisen  
vielfach ventilirte Angelegenheit wegen der Berechtigung der Ackerbau-  
schulen zur Vornahme von Entlassungsprüfungen, die zum einjährigen  
Militärdienst berechtigen, zur Berathung bringen. — Das Reichs-  
kanzleramt hat dem Reichstage Probeexemplare der neuen Reichs-  
Postmarken eingefendet, welche mit dem 1. Januar nächsten Jahres  
in Wirksamkeit treten sollen. Bei diesen neuen Postwertzeichen ist die  
bisherige Farbe beibehalten worden, so daß die Vierpfennigsmarken  
grün, die Groschenmarken roth, die Zweigroschenmarken blau sind u. s. w.  
Die Druckfarbe ist im Grund hell, von einem dunkleren Rande um-  
geben. In der Mitte tritt medaillonartig, mittelst eines Trockenstempels  
hergestellt, in weißer Farbe der Reichsadler hervor, der von  
Schraffirungen und punktirten Linien umgeben ist. Unter dem Adler  
findet sich in gerader Schrift in dunklerer Farbe der Werth der Marke  
angegeben, z. B. „Ein Groschen“ u. Ueber dem Trockenstempel in  
bogenartiger Form finden sich gleichfalls in dunkler Farbe gedruckt die  
Worte: „Deutsche Reichspost“. — Der Präsident des Reichstages,  
Dr. Simson war in Folge einer Erkältung erkrankt, befindet sich in-  
dessen auf dem Wege der Besserung, so daß er schon in den nächsten  
Tagen sein Amt wieder übernehmen wird.

**Wien, 15. Nov.** Graf Beust hat am 10. durch ein in französi-  
scher Sprache abgefaßtes Rundschreiben an die k. und k. Gesand-  
schaften im Auslande seinen Austritt aus dem Reichsministerium an-  
gekündigt. Graf Beust sagt darin, die Gründe, weshalb er seine Ent-  
lassung gegeben habe, seien rein persönlicher Natur und berührten in  
nichts die innere und äußere Politik des Reiches. Zur Macht berufen

am Tage nach einer Katastrophe, welche den Bestand der Monarchie  
in Gefahr gebracht habe, beehrte er sich, in dem Rundschreiben vom 1.  
November 1866 das Programm zu entwerfen, um über die inneren  
und äußeren Schwierigkeiten zu triumphiren, welche der Pessimismus,  
der in jener Epoche alle Klassen der Bevölkerung beherrschte, als un-  
übersteiglich erschienen ließ. Diesem Programm sei er treu geblieben;  
die Friedensfahne, die er ohne Vorurtheil und ohne heimlichen Groll  
nach der unglücklichen Schlacht bei Sadowa entfaltet, habe er seitdem  
hochgehalten ohne Furcht und ohne Tadel, und sie sei Oesterreichs  
Schutz unter den Wechseln eines gigantischen Kampfes geblieben,  
der den Kontinent erschütterte und die Grundlagen verrückte, auf de-  
nen seither das europäische Gleichgewicht ruhte. Das Rundschreiben  
fährt darauf fort:

„Die meiner Obhut anvertraute Ehre der Monarchie — selbst  
meine Gegner erweisen mir diese Gerechtigkeit — ist in meinen Hän-  
den ungeschädelt geblieben. Ausgezeichnet mit unseren nächsten Nachbarn  
— gestern Feinde, Freunde heute — befinden wir uns in Frieden mit  
aller Welt und unsere Stimme wird in europäischen Berathungen mit  
Achtung vernommen. Wir haben uns mit vollem Vertrauen der Ent-  
faltung jener unermesslichen Hilfsquellen hingeben können, womit die  
Vorsehung dieses Reich ausgestattet hat, und eine beispiellose Wohl-  
fahrt hat unsere Anstrengungen belohnt. Wir konnten gleichzeitig auf  
der Basis der unter meinen Aufzügen geschlossenen Uebereinkunft mit  
Ungarn unsere Grundgesetze umgestalten und vervollkommen; wir  
konnten die Bande, welche unsere alte Dynastie mit den verschiedenen  
Nationalitäten verknüpfen — welche heute mehr als jemals empfinden,  
daß ihre Kraft in ihrem Zusammenhange besteht — mit den Anfor-  
derungen unserer Epoche in Einklang bringen. Wie unvollkommen auch,  
gleich jedem Menschenwerke, die Verfassung sein möge, die uns ver-  
einigt, so hat sie doch soeben in einer von uns glücklich überstandenen  
Krisis ihre rettende Lebenskraft dargethan. Ich kann daher mit gutem  
Gewissen meinem Nachfolger die Früchte einer zugleich verhältniß-  
mäßig und würdevollen Politik hinterlassen, zu deren Träger der Kaiser, un-  
ser allergnädigster Herr, mich bestellt hatte, und welche von den Dele-  
gaten seiner Völker in ihrer letzten Sitzung einstimmig gebilligt wor-  
den ist. Meinem Nachfolger wird die Arbeit leichter werden, als sie  
mir gewesen ist. Er findet die Bahn nicht nur gebrochen, sondern auch  
geebnet, und braucht sie nur, gehoramt den Weisungen unseres aller-  
gnädigsten Herrn, zu verfolgen, um eines Tages das Steueruder mit  
derselben Befriedigung zu verlassen, welche ich in diesem Augenblicke  
empfinde, wo die Gnade Sr. Majestät mir gestattet, von meinen An-  
strengungen auszurufen und an die Sorgfalt zu denken, welche die  
Gesundheit eines Mannes erfordert, die durch Parteikämpfe und die  
schwere Verantwortung ermüdet ist, welche während der letzten  
fünf Jahre unaufhörlich auf mich lasteten.“

! **Petersburg, 13. Nov.** Die vom Kultusminister angeordnete  
Bildung von Schulbezirken für das Flachland ist bis zum 1.  
Januar f. J. hinausgeschoben worden, da sich der Sache größere  
Schwierigkeiten entgegenstellten, als man im Anfang geglaubt hatte.  
Die Bildung der Bezirke soll nach der Zahl der Bevölkerung erfolgen  
und soll auf je 250 Kinder eine Schule gerechnet und einem Bezirksinspektor  
nicht mehr und nicht weniger als dreißig Schulen unterstellt sein. Dies  
läßt sich da ganz gut vorordnen, wo eine dichtere Bevölkerung vorhanden  
und die Gegenden regelmäßig bebaut ist. Wo aber die Bevölkerung dünn  
ist und die Dörfer zerstreut und in großen Entfernungen ausdeh-  
nen, da läßt sich die Sache in der gegebenen Weise nur sehr  
schwer machen und liegen Fälle vor, wo ein Bezirk mit der verlangten  
Seelenzahl und Anzahl der Schulen auf einen Flächenraum von weit  
über 700 □ Meilen, — über 100 □ Meilen — kaum zu bilden ist und  
die Ausführung daher eine Unmöglichkeit wird, wenn man für solche  
Gegenden nicht andere Normen aufstellt, als für die dicht bevölkerten.  
Nach vorliegenden Nachweisungen sind gegenwärtig in drei nordöst-  
lichen Gouvernements zusammen nur 18 Landschulen vorhanden und  
würden sonach fünf Gouvernements mit ihrem in die Tausend gehenden  
Quadratmeilen Flächenraum dazu gehören, einen Schulbezirk mit  
den vorgeschriebenen 30 Schulen und 7500 Kindern zu bilden.

## Staats- und Volkswirtschaft.

\* **Berlin.** Die Zahlungseinstellung eines hiesigen Hauses  
erregt durch die sich herausstellende fassale Unterbilanz bedeutendes  
Aufsehen; es soll sich dabei um 1 bis 1½ Millionen Thaler handeln.  
Verfehlte Spekulationen, die namentlich darin bestanden, daß der Be-  
treffende während des Krieges die Lieferung von großen Quantitäten  
Leder- und Wollenartikel an die Militärverwaltung übernommen hatte,  
welche ihm aber nicht abgenommen wurden, weil die Qualität nicht  
genügte und die Zeit der Ablieferung nicht kontraktmäßig eingehalten  
wurde, tragen, wie die „Ger.-Ztg.“ hört, Schuld an der Krise.

\* **Eine Zeitungsverlags-Gesellschaft** ist in Berlin in der  
Vorbereitung begriffen, die dem Aktienwesen ein neues in Deutschland  
bisher kaum betretenes Erntefeld eröffnen will. Allenfalls liege sich  
die Gründung der Bazar-Gesellschaft als ein erster Versuch der Art  
betrachten. Die neue Gesellschaft beabsichtigt, neue Zeitungen zu grün-  
den und bestehende anzukaufen. Sie will ihr Augenmerk speziell auf  
Institute richten, die in Folge Vernachlässigung der früheren Besitzer  
oder wegen einseitiger Ausbeutung bei der großen Masse der Leser  
gewissermaßen ins Vergessen gekommen sind. Sie will ferner neue Un-  
ternehmungen literarischer Art in das Leben rufen, junge, auf schwa-  
chen Stützen ruhende durch Kapitalkräfte erhalten und ihnen eine grö-  
ßere Entwicklung sichern und so fort. Es knüpfen sich daran weitere  
Pläne, die Erwerbung großer Druckereien u. A.; mit einem der größ-  
ten Druckerei-Etablissements sind Unterhandlungen bereits eingeleitet.  
Das Gesellschaftskapital wird eine Million Thaler betragen. Die erste  
Aktien-Emission soll jedoch eine halbe Million nicht übersteigen. Mit  
1 Million Thaler wird diese neue Gesellschaft herzlich wenig anfangen  
im Stande sein! (N. B. Z.)

**Prag, 15. Novbr.** Die Eröffnung der Franz-Josefs-Bahn mußte  
wegen verschiedener Hindernisse verschoben werden; dieselbe wird wahr-  
scheinlich erst am 1. Dezember erfolgen. — Die Börse war wegen der  
Mediorenkurulung sehr gestört.

**Triest, 15. November.** Die hiesige Filiale der Nationalbank er-  
hielt statt der von ihr beantragten 2 Millionen nur ½ Million für  
Wechselkompensationen.

\* **In der Westschweiz** und namentlich an beiden Ufern des  
Genfer Sees ist die Weinernte eine ungeheure, wie sie in diesem  
Jahrhundert kaum einmal vorgekommen.

## Vermischtes.

\* **Anceipenstrie.** Wie man dem „B. Frelb.“ mittheilt, ist in  
Sorau ein Strike ausgebrochen, der die ganze hiesige Bevölke-  
rung in Aufruhr versetzt hat. Fast sämtliche Restaurateure streikten



